

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw.



Calmer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewinne besteht kein Anspruch auf Erhöhung der Setzung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Seitendruck Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Dr. Luthers Antwort an die Parteien.

Die Fortsetzung der Reichstagsausprache.

Berlin, 21. Jan. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Innenminister Schiele, Franken, Finanzminister Dr. v. Schlieffen.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der politischen Aussprache.

Mit zur Verhandlung steht das Vertrauensvotum der Regierungsparteien und das Misstrauensvotum der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Der Sprecher der Demokraten.

Als erster Redner erhält das Wort **Abg. Koch-Weser (Demokr.)**.

Er stellt fest, daß das deutsche Volk einzig sei in dem Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone. (Zustimmung.) Dann fährt er fort:

Es widerspricht allem Recht, wenn die Entente nach dem 10. Januar Köln noch besetzt hält.

Der Versailler Vertrag, so hart er ist, erlaubt diese Besetzung nicht. In etwaigen Verletzungen gegenüber den Kontrollbestimmungen liegt kein Grund, sondern nur ein Vorwand für die Entente. Die endgültige Befreiung unserer unter der Fremdherrschaft lebenden Brüder ist uns so viel wert, daß wir unter allen Umständen darauf dringen werden, daß auch solche Vorwände aus der Welt geschafft werden. (Zustimmung.) Weder Soldatenspieler noch die Superflügler untergeordneter Organe darf der Entente einen Vorwand liefern, unsere Brüder am Rhein, die solange gelitten haben, noch länger unter der Fremdherrschaft zu lassen. (Zustimmung.)

Das Dawesgutachten verdient keinen Dank, wie der „Temps“ behauptet, sondern es ist ein Vakt im Interesse aller.

Der Redner erklärt weiter, daß jede Regierung die Außenpolitik werden fortsetzen müssen, die fünf Jahre lang gemacht wurde. Auch die Deutschnationalen würden sie nicht ändern können. Was sie bisher dagegen vorbrachten, seien Wallungen des Herzens gewesen, die nicht bis zum Gehirn vorgeedrungen waren.

Der Redner fordert von der Regierung nicht Aggressivität und Aktivität, sondern Passivität und Zurückhaltung. Die Demokraten würden auf dem Gebiet der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen.

Der Redner verweist auf das Mißverhältnis zwischen der Regierungserklärung und den bisherigen Erklärungen und Botschaften der Deutschnationalen. Entweder müssen die Deutschnationalen ihre Wähler verraten oder den Reichskanzler, oder abwechselnd alle beide. Wenn in der Regierungserklärung die Erhaltung der Staatsautorität betont wurde, so gehörte dazu vor allem, daß dem Reichspräsidenten die schuldige Achtung und Ehrfurcht erwiesen werde.

Der Redner erludt den Reichskanzler, beim Innenminister dahin zu wirken, daß der Vizepräsident des Reichstags dem Reichspräsidenten die ihm zukommende Ehre erweist. (Beifall links.) Der Innenminister muß weiter dafür sorgen, daß das Marburger Urteil nicht zu einer Hecke gegen den Reichspräsidenten ausgenützt wird. (Unruhe rechts.)

Der Redner wendet sich dann dagegen, daß die Plebe Vaterländischer Verbände gefördert werden, die wie der Magdeburger Stahlhelm die Republik beschmieren. Es müsse weiter verhindert werden, daß Geistliche die Evangelische Kirche zu einseitiger politischer Propaganda gegen die Republik mißbrauchen. Abgeordneter Koch richtet dann an den Reichskanzler die Frage:

ob er jede Agitation gegen die Republik mißbilligt und von Seiten, die das Kabinett als Stützpunkt gegen die Republik betrügen, abräde.

Der Kanzler nickt. Die Antwort auf diese Fragen würden die Deutsch-Demokraten abwarten. In diesem Fall würden sie der Regierung Luther Neutralität zusagen. Wenn die Antwort befriedigend ausfalle, werde man der Regierung zunächst freies Spiel lassen.

Nachdem die Abgeordneten der Wirtschaftspartei, der Bayer. Volkspartei und der Nationalsozialisten erklärt hatten, eine abwartende Stellung einnehmen zu wollen, erhält unter allgemeiner Spannung

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort.

Als die Kommunisten wieder mit ihren Amnestierufen beginnen, entsteht allgemeine Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt. Der Reichskanzler erklärt, als diese Rufe weiter erschallen, unter großer Heiterkeit des Hauses, wie kommt es so vor, als ob ich schon neulich diese Rufe hier gehört hätte!

Der Reichskanzler stellt mit Befriedigung fest, daß für das außenpolitische Programm der Regierung sich eine breite zustimmende Front gefunden hat. Nicht nur die Parteien, die Vertrauensmänner in das Kabinett entsandten, und die Wirtschaftliche Vereinigung, sondern auch die Deutschdemokraten haben erklärt, daß sie das Regierungsprogramm zur Außenpolitik anerkennen. Auch der Außenpolitiker der Sozialdemokraten, Dr. Breitscheid, hat festgestellt, daß dieses außenpolitische Programm auch von Marx hätte aufgestellt werden können. Es müsse eine starke Stütze für das Kabinett sein, wenn es weiß, daß keine Außenpolitik eine so breite Grundlage im Deutschen Reichstag hat.

Der Reichskanzler beantwortet dann einzelne Fragen der Parteien. Die Regierung hätte nach der Londoner Konferenz keinen Anlaß gehabt, an der Innehaltung des vertragsmäßigen

Räumungstermins bezüglich der Kölner Zone zu zweifeln. Das Problem der Räumung der nördlichen Rheinlandzone sei immer wieder erörtert worden. Als sich bei den internationalen Erörterungen der erste Anschein zeigte, als ob die Räumung in Zweifel gestellt werden sollte, habe die Regierung sofort die Initiative ergriffen. Die beteiligten ausländischen Regierungen seien darauf aufmerksam gemacht worden, daß Deutschland die Räumung bestimmt erwartet. Niemals aber sei von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden. Solche Kompromißvorschläge hätte die deutsche Regierung durchaus von vornherein abgelehnt.

Das frühere Kabinett war nach einem Vortrage Dr. Stresemanns völlig klar darüber, daß ein etwaiger Vorschlag der gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Kölner Zone zu prüfen gewesen wäre. Es lägen maßgebende Mitteilungen der französischen Regierung vor, daß an der Erfüllung bezüglich des letzten Termins der Ruhräumung sich nichts geändert hat. Eine andere rechtliche Auffassung sei auch vollkommen unmöglich.

Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse völlige Klarheit über alle dabei in Betracht kommenden Fragen geschaffen werden. Die Grenzregelung an der Weichsel sei für die deutschen Interessen sehr ungünstig, da Ostpreußen völlig von der Weichsel abgeschnitten werde entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags. Die Regierung habe gegen diese schwere Verletzung des Vertrags bei jeder Gelegenheit Einspruch eingelegt, aber ohne Erfolg.

Der Kanzler wendet sich dann der Innenpolitik zu und bespricht zunächst die Frage der Zeitfreiwilligen, von der Breitscheid selbst festgestellt habe, daß sie für die Sicherheit Frankreichs nicht die geringste Rolle spielen können.

Was die Reichsregierung in der Frage der Zeitfreiwilligen aus innerpolitischen Gründen getan habe, sei der Entente schon seit längerer Zeit mitgeteilt worden.

(Lärm bei den Kommunisten.) Sollten die Ententemächte darüber hinaus Material besitzen, so sollten sie es baldmöglichst der Reichsregierung zuleiten. (Hört, hört!) Das hätte bei der Wiederaufnahme der Kontrollmaßnahmen am besten geschehen können. Sicherlich werde sich aber ergeben, daß dieses Material im großen Umfang unzutreffend sei. (Lebhaftes Hört, hört!) Diese Angelegenheiten würden aber von einer uns feindselig gesinnten Propaganda mit voller Heberzeugung in der ganzen Welt gegen uns ausgeüht. (Lebhaftes Zustimmung.)

Der Kanzler stellt dann fest, daß ganz selbstverständlich auch für die Vaterländischen Verbände die Gesetze zur Anwendung gebracht werden, da das gleiche Recht für alle gelte.

Ausschreitungen würden von der Reichsregierung nicht nur verurteilt, sondern auch verfolgt. Der Abg. Graf Westarp habe nicht von den Vaterländischen Verbänden, sondern von der Vaterländischen Bewegung gesprochen. (Lachen bei den Soz.) Man könne in unserem Volke nur eine Bewegung begrüßen, die der Pflege des vaterländischen Gedankens gilt. (Großer Lärm links.) Diese Bewegung dürfe aber nicht etwa innere Gegensätze unterzeichnen, sondern sie müsse sie ausgleichen.

Der Redner wendet sich dann gegen die Auffassung des Abg. von Graefe und betont die Rechtsgültigkeit der jetzigen Gesetzgebung, auch der verfassungändernden.

In der Barmer-Affaire müsse man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Der Reichskanzler bebauert, daß auch die Person des Reichspräsidenten in diese Debatte hineingezogen werde. Für die Teilnahme von Beamten an Aufsichtsräten bestie schon seit jeher der Grundlag, daß diese einen Gewinn aus solcher Tätigkeit nicht ziehen dürfen. (Lärm und Zurufe bei den Kommunisten.)

Der Kanzler erklärt, er glaube, damit alle wichtigen Fragen beantwortet zu haben. Die Minister, die in das neue Kabinett eintreten, legten ihre Aufsichtsratsposten nieder. (Lärm bei den Kommunisten und Rufe: Wo bleibt die Amnestie?) Der Kanzler erklärt:

Ich habe zur Amnestie namens der Reichsregierung keine Erklärung abzugeben.

(Großer Lärm der Kommunisten, so daß der Kanzler nicht weiter sprechen kann. Der Lärm nimmt immer heftigere Formen an. Des Hauses bemächtigt sich eine allgemeine große Unruhe. — Vizepräsident Dr. Riesser schließt wegen dieser Störungen den Abg. Schwarz-Berlin (Komm.) von der Sitzung aus und fordert den Abg. Schwarz auf, den Saal zu verlassen. (Lebhafte Beifall.) Als Abg. Schwarz sich weigert, vertagt der Vizepräsident um 5.45 Uhr die Sitzung auf 5 Minuten. — In der Zwischenzeit verläßt der Abg. Schwarz nach längeren Besprechungen mit seinen Parteifreunden den Sitzungssaal.

Die zweite Sitzung.

Vizepräsident Dr. Riesser eröffnet um 6 Uhr die neue Sitzung und stellt fest, daß der Abg. Schwarz den Sitzungssaal verlassen hat. Er wäre auf 20 Tage ausgeschlossen worden, wenn er den Saal nicht verlassen hätte. (Lärm bei den Kommunisten.) Reichskanzler Luther setzt dann seine unterbrochene Rede fort.

Als wieder Amnestierufe erschallen, macht Vizepräsident Dr. Riesser darauf aufmerksam, daß, wenn diese Rufe nicht aufhören, er mit aller Entschiedenheit die Würde des Reichstages wahren werde.

Der Kanzler erklärt, daß er selbstverständlich nicht die Fragen behandelt habe, die bereits in der Regierungserklärung erwähnt worden sind. Es gäbe noch manche Schichten, die besonderer Fürsorge bedürften. (Beifall.) Es sei richtig, daß eine Koalitionsregierung nicht vorhanden ist. Wäre sie vorhanden, so wäre auch noch nicht völlige Einmütigkeit nach allen Richtungen hin gewährleistet. Abg. Koch habe mit Recht gesagt, daß man mit

keinen Koalitionsgegnern nie so ganz zufrieden sei. Das Wesentliche sei aber, daß sich tatsächlich eine Mehrheit zusammengefunden habe, die für die Regierung die Möglichkeit praktischer Arbeit ließe.

Mit leichter Ironie habe man gesagt, der Reichskanzler sei kein Politiker, sondern ein Verwaltungsmann. Der Kanzler erklärt, daß er sachlichen Dienst am ganzen Volke leisten wolle. Er sei durchaus kein unbeschriebenes Blatt. (Lärm bei den Kommunisten.) Er wolle seinen Werdegang nicht verleugnen, noch verdunkeln. Was er bisher als Ernährungs- und Finanzminister im Dienst des Deutschen Reiches getan habe, werde die Grundlage sein, auf der sich seine Tätigkeit als Kanzler aufbaue. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten.)

Die bisherige Zusammenarbeit im Kabinett habe schon bewiesen, daß es durchaus möglich sei, praktische Arbeit zu leisten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.) Es hieße an der Staatsform, in der wir leben, verzweifeln müssen, wenn wir nicht die Möglichkeit solcher praktischen Zusammenarbeit finden. Bei der gemeinsamen Arbeit zur Rettung des Volkes stand eine Mehrheit auch hinter der Minderheitsregierung.

Das Kabinett müsse darnach streben, für jede Entscheidung eine möglichst breite Grundlage zu finden. Das sei auch die Meinung des ganzen Kabinetts. Es seien so große Aufgaben für das deutsche Volk zu lösen, daß das Kabinett versuchen müsse, das Notwendige der Gesamtheit verständlich zu machen. Es müsse bei diesen Fragen ein Ausgangspunkt gesucht werden, der dann verbreitert werden müsse.

Der Kanzler erklärt, es sei durchaus unrichtig, wenn aus dem Auslande Stimmen kommen, die in der jetzigen Mehrheitsbildung einen Mangel an Willen zur Erfüllung der Abkommen sehen.

Ueber die Staatsform habe sich die Reichsregierung bereits völlig unmißverständlich geäußert. Selbstverständlich mißbilligt die Regierung jede Agitation gegen die Republik. Natürlich könne jeder Deutsche seine Meinung äußern. Auch die weitere Frage Kochs, ob die Regierung von Leuten abräde, die die Regierung als Instrument gegen die Republik gebrauchen wollen, müsse selbstverständlich bejaht werden. (Lachen links.) Das Kabinett sei der Ansicht, daß

die Staatsform selbstverständlich nicht geändert werden sollte. (Großes Gelächter links.) Man müsse für die praktische Arbeit einen Zusammenstoß auf klarer Grundlage finden. Das Kabinett sei über die Grundlagen seiner künftigen Politik einig.

Leider seien erhebliche Angriffe gegen einzelne Minister gerichtet worden. Es handle sich um Männer, die hinter sich den Werdegang des Beamtentums haben. Minister Neuhaus habe seinerzeit als Beamter den Eid auf die Verfassung aus gewissen Bedenken nicht geleistet. Er sei von dieser Eidesleistung entbunden worden unter Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit, die er als Beamter geleistet hat. Das entsprechende Schreiben sei von Minister Fischbeck — Fischbeck ist jetzt deutschdemokratischer Reichstagsabgeordneter — unterzeichnet. (Hört, hört und Heiterkeit.) Minister Fischbeck habe davon abgesehen, die Leistung des Treueids von Neuhaus zu fordern und habe ihn weiter beschäftigt.

Neuhaus habe jetzt selbstverständlich den Eid auf die Verfassung geleistet. (Höhnisches Gelächter der Kommunisten.)

Der Reichskanzler rühmt dann die Verdienste des Finanzministers, Dr. von Schlieffen in seiner Beamtenlaufbahn. Er hatte die schwere Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen Forderungen und Möglichkeiten. Auch aus den Kreisen des früheren Reichskanzlers habe Herr von Schlieffen außerordentliche Anerkennung erfahren. (Hört, hört.) Auf Zurufe erwiderte der Kanzler, der Kohanniterorden sei eine Einrichtung der Wohltätigkeit. (Gelächter links.) Der Eid auf einen Monarchen, der nicht vorhanden sei, sei ebenfalls nicht vorhanden. (Erneutes Gelächter links.) Auf den Vorwurf, das Kabinett sei zu weit nach rechts gerichtet, erinnerte der Kanzler daran, daß er auch die Deutschdemokraten heranziehen wollte.

Der Kanzler schließt mit den Worten:

Wenn die Entscheidung bei der Abstimmung so fällt, daß das Kabinett die Arbeit übernehmen kann, dann werden wir uns bemühen, sachliche Arbeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu leisten. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Beratung wird darauf abgebrochen.

Donnerstag 11 Uhr: Protest der Kommunisten gegen den Ausschluß des Abg. Schwarz. Fortsetzung der politischen Debatte.

Schluss 17 Uhr.

Die Aussprache zur 1. Kanzlerrede.

Der Sprecher des Zentrums
Abg. Fehrenbach

verliest weiter die Erklärung der Zentrumspartei:

Das Resultat der letzten Wahl dürfte, rein sachlich bewertet, auch heute noch für eine Politik der Mitte unter der Großen Koalition eine tragbare Mehrheit ergeben, wenn alle diejenigen, die diese Politik bisher unterstützten, daran festgehalten hätten. Im Gefolge der Aufwindung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei sind aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marx gescheitert. Angesichts der Gefahren einer weiteren Hinauszögerung der Krise hat die

Fraktion aus staatspolitischer Erwägung heraus sich den operativen Entschluß abgerungen, unter Vorbehalt aufmerksamster Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine personale und beschränkte Beteiligung im neuen Kabinett einzuwilligen.

Die im gegenwärtigen Kabinett verwirklichte Notlösung entspricht nicht den grundsätzlichen und tatsächlichen Anforderungen, die an eine auf Dauer berechnete Regierung gestellt werden müssen. Die Fraktion tritt in diese neue Regierungsperiode ein mit ernster Sorge für die weitere Gestaltung der Geschichte Deutschlands, besonders angelehnt an die ernsten außenpolitischen Lage.

Der Amtsantritt der neuen Regierung wird besonders im besetzten Gebiet mit wachsender Sorge betrachtet. Die Bevölkerung erwartet, daß man ihr vermeidbare Kämpfe erspart. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler den bisherigen außenpolitischen Kurs beibehält und daß die realpolitische Einstellung des neuen Kanzlers sich durch keine Kräftegruppe seines Kabinetts nach irgend einer Richtung abdrängen lassen wird, in der wir ihm sachlich nicht mehr zu folgen vermöchten. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für unsere Bestrebungen verfassungsrechtlicher, wirtschafts- und staatspolitischer, sowie kulturpolitischer Art. Dem Christentum muß als überragende Kulturmacht der gebührende Einfluß eingeräumt werden. Unbedingt erforderlich ist die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes und die Aufrechterhaltung des Bekenntnisschulwesens.

Die Fraktion wird die Regierung nach ihren Taten beurteilen.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei

Abg. Dr. Scholz

begrüßt das Zustandekommen der neuen Regierung. Es mußte endlich einmal eine verantwortliche Regierung zustandekommen, die über eine Mehrheit verfügt. (Widerpruch links.) Auch die Deutsche Volkspartei betrachtet das jetzige Kabinett als eine Etappe.

Auch sie werde zunächst die Taten der Regierung abwarten. (Lachen links.) Das bedeute kein Mißtrauen. Die Volkspartei könne

der Regierungserklärung in fast allen Punkten rückhaltlos zustimmen

und habe zu den Ministern das volle Vertrauen, daß sie ihre Versprechen erfüllen werden. Es dürfe nicht Gespöhenheit des Reichstags werden, einzelne Regierungsmitglieder, die ein ehrenwertes Beamtenleben hinter sich haben, hier mit Mißtrauen und lebhafter Gehässigkeit zu empfangen, wie das Breitscheid getan habe. Die Deutsche Volkspartei werde auf dem für richtig erkannten Weg bleiben.

Der Redner erhebt Einspruch gegen die weitere Besetzung Kölns. Er fordert dann Sinausführung des wahlfähigen Alters, Hebung der Produktion, Beschränkung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr, Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen, Erhöhung der Aufwertungsprozente unter Ausschluß der Inflations- und Aufwertungsgeinninner. Von der Regierung erwarte man eine gesunde nationale Realpolitik.

Der Sprecher der Kommunisten.

Abg. Frau Gohle (Komm.) bezeichnet die heutige Rede des Grafen Westarp als offenes Bekenntnis zur Monarchie, während Luther seine wahren Ziele verschleierte habe. Die Rednerin wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien die Ursache dieser jetzigen Regierung und Herr Breitscheid mit seiner langen Gestalt werde jederzeit bereit sein, dem Reichskanzler Luther als Balancierstange zu dienen. (Heiterkeit.) An den Sozialdemokraten werde das Kabinett willige Helfershelfer finden, wenn es gelte, die Arbeiter nieder zu knüppeln. Als die Rednerin von einer deutschen Zuchthausrepublik spricht, wird sie zur Ordnung gerufen.

Darauf vertagt das Haus die weitere politische Aussprache auf Mittwoch.

Der Gesekentwurf über das Reichsschiedsamt wird noch angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch zwei Uhr. Fortsetzung der politischen Debatte. Schluß 5 Uhr 15 Minuten.

Vom neuen Reichskabinett.

Die endgültige Zusammensetzung des Reichskabinetts steht nunmehr fest. Das Kabinett Luther besteht mit dem Kanzler aus elf Reichsministern, unter denen für die politische Betrachtung drei Gruppen zu unterscheiden sind: 1. Minister, die entweder überhaupt oder derzeit als Minister außerhalb der Parteien stehen: Reichskanzler Dr. Luther, Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichsernährungsminister Graf von Ranitz. 2. Die offiziellen Verbindungsmänner der Regierungsparteien: Reichsinnenminister Schiele (Deutschnationale Volkspartei), Reichsaußenminister Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei), Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentrum), Reichspostminister Stingl (Bayerische Volkspartei). 3. Fachminister, die zwar nicht als Parteivertreter dem Kabinett angehören, aber einzelnen Parteien nahe stehen: Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus (Deutschnationale Volkspartei), Reichsfinanzminister Dr. von Schlehen (Deutschnationale Volkspartei), Reichsverkehrsminister Dr. Krohne (Deutsche Volkspartei), Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Frenken (Zentrum).

Von den elf Mitgliedern des Kabinetts sind nur drei Parlamentarier.

Läßt man die obenstehenden Gesichtspunkte, die angeht die Vorgeschichte der Kabinettsbildung gegeben sind, beiseite, so ergibt sich für die im Kabinett Luther vertretenen politischen Richtungen (nicht Parteien!) folgendes Bild:

Keine Partei: Dr. Luther; Deutschnationale Volkspartei: Schiele, Dr. Neuhaus, Dr. von Schlehen, Graf von Ranitz; Deutsche Volkspartei: Dr. Stresemann, Dr. Krohne; Zentrum: Dr. Brauns, Dr. Frenken; Bayerische Volkspartei: Stingl; Demokrat: Dr. Gessler.

Aus Süddeutschland stammen zwei Minister, nämlich die Bayern Dr. Gessler und Stingl, aus dem besetzten Gebiet ebenfalls zwei, nämlich Dr. Brauns und Dr. Frenken, die anderen sieben aus dem übrigen Preußen.

Zur Lage.

Berlin, 21. Januar. Die Aufnahme der Regierungserklärung war an sich schon keine übermäßig freundliche und nicht geeignet, die Gegensätze irgendwie auszugleichen. Der erste Tag der großen politischen Aussprache hat noch weniger dazu beigetragen, irgendwelche Brücken zur Verständigung zu schlagen. Im Gegenteil, muß man als objektiver Beobachter der Dinge sagen, daß sich die Parteien immer mehr auseinanderreden. Namentlich waren es gestern die unglücklichen Zwischenrufe, die sehr viel verdorben haben. Das Echo in der Presse ist dementsprechend. Daran ändert es auch nichts, daß heute früh die „Deutsche Tageszeitung“ den deutschnationalen Abgeordneten Everling gehörig rüffel. Er war es, der bei der Rede, Dr. Breitscheids, der das Kabinett einen Uebergang zur Monarchie nannte, rief: „Gott sei Dank!“ Das Organ des deutschnationalen Abg. Baedeker wirft ihm deshalb Mangel an politischem Instinkt vor. Natürlich wird das erst recht auf der Linken ausgebeutet. Auch sonst hat die gestrige Debatte gezeigt, daß die persönlichen und sachlichen Gegensätze vorläufig nicht zurückgestellt werden.

Am wichtigsten war die Erklärung der Zentrumspartei. Sie steht auch im Mittelpunkt aller weiteren politischen Erörterungen. Was Fehrenbach parteiamtlich ausführte, ist ein Mißtrauensvotum, das nur schwer zum Vertrauensvotum umgebogen werden kann. Namentlich sind es seine letzten Worte: „Wir wollen dafür eintreten, daß das Kabinett seine Arbeit beginnen kann.“ Das ist von einer Deutlichkeit, die bei den übrigen Parteien der Koalition recht böse gewirkt hat. In der Presse fühlt man ordentlich die Erhaltung, die nach diesem kalten Wasserbad unvermeidlich gewesen ist. Dabei hat Fehrenbach nur die Auffassung der Mehrheit seiner Partei zum Ausdruck gebracht. Der linke Flügel wird voraussichtlich noch besonders vorgehen und Herrn Dr. Wirth sein Sprüchlein sagen lassen. Was das ausfällt, kann man sich heute schon vorstellen. Man braucht nur daran zu denken, daß gestern Dr. Wirth, als der unglückliche Zwischenruf Everlings fiel, aufsprang und mit beiden Fäusten auf den Tisch schlug.

Dazu muß man noch die Erklärungen aus dem preussischen Landtag hinzunehmen. Dort hat der Zentrumspartei abgeordnete Heß in besonders scharfer Weise einen Trennungstrieb nach rechts gezogen, schärfer vielleicht noch als die Demokraten. Er hat unter anderem den deutschnationalen vorgeworfen, daß von den 38 preussischen Innenministern in den letzten hundert Jahren nur drei Bürgerliche waren und daraus gefolgert, daß es früher Elitendynastie gab. Auch das rheinische Zentrum hat gestern in Köln getagt und recht massive Angriffe gegen die Volkspartei gerichtet. Es hat ferner erklärt, dem neuen Kabinett kühl abwartend gegenüber stehen zu wollen und sofort in schärfster Opposition einzutreten, wenn der bisherige Kurs verlassen wird.

Nicht zur Erleichterung der politischen Situation dienen die immer neuen Skandale. Der Barmat-Skandal wächst sich immer weiter aus, und die fünfjährige Vernehmung des früheren Ministers Dr. Höfle zeigt, daß die Staatsanwaltschaft hier ganze Arbeit machen wird. Dazu neuerdings der Casseler Skandal und eine Berliner Affäre, die in den nächsten Tagen bereits vor Gericht ihre Sühne finden soll. Das zusammen ergibt eine Atmosphäre, in der sich schwer leben läßt. Herr Dr. Luther hat uns Säuberung des politischen Lebens versprochen und ist seinem ganzen Format nach auch der Mann, Wort zu halten. Aber das wird eine ungeheure Arbeit, zumal er gezwungen sein wird, gegen eine ganze Zahl prominenter Persönlichkeiten vorzugehen, und die Parteien merkwürdigerweise immer noch versuchen, daß ein ganz überflüssiges Veruschungssystem den Schulden in ihren Reihen Kampagne zu geben, wie wir öfter, damit sie in aller Stille verschwinden können. Das ist überaus noch immer die günstigste Annahme.

Die Nachrichten über die Aufnahme des Kabinetts im Auslande sind nicht günstiger gemordet; ausgenommen ist die Pariser Presse, die mit Anerkennung hervorhebt, daß sich die neue Regierung für die unbedingt lokale Durchführung der Dawes-Gesetze eingesetzt hat. Im übrigen aber wird die gestrige Rede des Grafen Westarp, die das Zentrum so verstimmt, auch im Auslande gegen Berlin ausgebeutet. Soweit das rein sachlich geschieht oder auf Stimmungen beruht, müssen wir es hinnehmen. Wo man aber zu handgreiflichen Lügen greift, sind wir gezwungen, dem sofort entgegenzutreten. Das gilt von der Meldung Pariser Blätter, daß der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus den Staatssekretär Dr. Trendelenburg abberufen wolle. Davon ist keine Rede. Was Dr. Trendelenburg in Paris getan hat, entspricht der Haltung des alten wie des neuen Kabinetts und dürfte selbst bei einem normalen Regierungswechsel keine Veränderung erfahren. Das ganze ist nur ein Versuch, die Aufmerksamkeit abzulenken. Deutschland kämpft dort auf einem Posten, den in wenigen Monaten andere Staaten einnehmen werden, und zwar mit dem gleichen zweifelhaften Ergebnis. Daß keine Einigung bisher zustande kam, ist ausschließlich Schuld der französischen Gesetgebung, die einen Meistbegünstigungsvertrag verhindert. Wir haben jetzt einen einmündigen französischen Zeugen dafür. Es ist der französische Ministerialrat Sderrens, der Gegenspieler Dr. Trendelenburgs bei den Pariser Verhandlungen. Er hat nämlich in Lille bei einem Vortrag vor den Industriellen erklärt, daß die Gesetgebung abgeändert werden soll, weil Frankreich sonst zu keiner Verständigung mit anderen Staaten gelangen kann.

Der dritte Bericht des Generalagenten.

Paris, 20. Jan. Heute wird der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, der Reparationskommission seinen dritten, eingehenden Bericht über den Dawes-Plan erstatten und wird dann erklären, daß man mit der Durchführung mehr als zufrieden sein könne. Alle im Dawes-Plan vorgesehenen Organisationen seien eingesetzt worden, und die einzige Schwierigkeit, die aufstehen könnte, wäre am 1. März die Zahlung der sechsmonatigen Zinsen für die 11 Milliarden Eisenbahnobligationen. Aber der Zinsfuß sei so gering und die

100 Millionen Goldmark, die hierfür notwendig seien, seien die einzige große Zahlung, die in der nächsten Zukunft in Aussicht stehe. Auch diese Schwierigkeit würde beseitigt werden können. Gilbert wird der Anschauung Ausdruck geben, daß wegen des Regierungswechsels in Deutschland keine Gefahr bestehe, zumal wichtige Mitglieder der neuen deutschen Regierung, sowie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich für die Durchführung des Dawes-Planes einsetzen. Gilbert wird ferner über die

Tätigkeit des Transferrömites

berichten, welches bisher zwei Sitzungen abhielt, die erste in Berlin, die zweite in Paris. Im ganzen seien bisher mehr als 300 Millionen Goldmark eingegangen, das sind über 20 Millionen mehr als der Dawes-Plan vorsah. Ein Ausleih wird aber dadurch geschaffen werden, daß in den nächsten Monaten die Zahlungen verringert werden sollen. Gilbert wird ferner im Namen des Koordinationskomitees Bericht erstatten. Dieses besteht aus dem Generalagenten und dem Direktorium der verschiedenen Organisationen des Dawes-Planes und bestimmt, wie die Zusammenarbeit sich reibungslos vollziehen soll. Ueber die einzelnen Organisationen wird sich der Bericht Gilberts in folgender Weise auslassen:

Deutsche Reichsbank.

Die Zusammenarbeit mit dem Generalagenten und mit dem Verwaltungsrat der Reichsbank vollzieht sich hoffnungs- und vertrauensvoll. Die alten Aktienbesitzer der Reichsbank wurden in der Weise entschädigt, daß sie für zwei alte Aktien eine neue erhalten. Auf das Konto des Generalagenten wurden bis zum 1. Januar 1925 im ganzen 286 236 477,29 G.M. einbezahlt, wovon 280 291 415,07 ausgegeben wurden, so daß also das Konto noch 5 945 062 M. 22 Pf. enthält. Für die Depots des Generalagenten wurden niedrige Zinsen bezahlt, die aber ausreichen, um eventuelle Verluste bei Valutaoperationen auszugleichen. An die Alliierten wurden bisher folgende Beträge abgeliefert: Frankreich 113 651 668,63, Italien 23 523 094,96, Großbritannien 65 863 535,97. Darin sind 51 476 089,02 für Erträge aus dem Recovery-Act enthalten. Belgien bekam 29 558 771,06 Goldmark. Der Generalagent für die Reparationszahlungen berechnet ferner an Kosten für die Reparationskommission 2 941 094 Goldmark, für die Rheinlandkommission 4 583 330 Goldmark, für die Militärkontrollkommission 4 666 666 Goldmark, Marinekontrollkommission 70 000, die Verwaltung der Reparationszahlungen 641 622 Goldmark.

Die deutsche Eisenbahngesellschaft.

Sollte am 1. März das Direktorium nicht in der Lage sein, die fälligen Zinsen zu bezahlen, so würde der Kommissar der Eisenbahnen, der Franzose Lesèvre, das Recht bekommen, sich an die Stelle des Generaldirektors zu setzen. Die Eisenbahngesellschaft arbeitet sehr zufriedenstellend. Es ist die größte Eisenbahngesellschaft in der Welt, welche durchaus mit Gewinn arbeitet.

Die Bank für die Industrieobligationen.

die von dem Italiener Bonara organisiert wurde, soll nach dem 28. Februar 5 Milliarden Goldmark Industrieobligationen ausgeben. Jede Unternehmung in Deutschland mit einem Kapital von mehr als 50 000 Goldmark muß der Industriebank bis zum 28. Februar 1925 17 Prozent ihres Kapitals abtreten. Vorläufig scheint aber eine Ausgabe dieser Obligationen ebenso wenig berücksichtigt zu sein, wie die Eisenbahnobligationen. Vielleicht wird hier der Teil davon gegeben werden, der notwendig ist, um jene Alliierten zu befriedigen, die sich in Geldnöten befinden. Infolge der allgemeinen Lage ist aber zu erwarten, daß man mit der Ausgabe zögern wird, bis die Situation in Amerika und Europa sich gebessert haben wird.

Das Komitee für die Steuern und Monopole.

die für Reparationszahlungen dienen, steht unter der Leitung des Engländer Mac Lagan. Während der ersten zwei Jahre werden die Erträge aus Steuern und Monopolen dem Generalagenten nicht übergeben werden, sondern verbleiben auf einem Konto der Reichsbank. Fünf Unterkommissionen sollen eingesetzt werden für die einzelnen Monopole und Steuern, bis das ganze Kontosystem richtig funktionieren wird.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Januar 1925.

Berichtliches.

In der vorletzten Woche hat Stadtvater Göß unsere Stadt verlassen, um seine neue Stelle als Stadtvater in Heidenheim anzutreten. Etwas mehr als 2 Jahre ist Göß hier tätig gewesen, zuerst als Stellvertreter und dann, als im Herbst 1923 eine Katechetenstelle hier neu errichtet wurde, als der erste Inhaber dieses in erster Linie für den Unterricht und für die Vereinsarbeit unter der Jugend bestimmten geistlichen Amtes. Stadtvater Göß hat die neue Arbeit trefflich eingeleitet und einen guten Grund gelegt, denn er besitzt ein feines Verständnis für die Jugend und seine ruhige, stille und freundliche Art gewann rasch die Zuneigung der ihm anvertrauten jungen Leute. Auch als Prediger war er beliebt. Stadtvater Göß wird daher nicht sobald hier vergessen sein. Auch die guten stimmungsvollen Berichte über kirchliche Feiern im Calwer Tagblatt wird man vermissen. Als Nachfolger ist Stadtvater Karl Braun angetreten.

Aus der Gartenpflege.

Im Gemüsegarten können die im Spätjahr gesammelten Sämereien jetzt gereinigt und feuchte befeuchtet werden. Man wartet damit nicht bis zur Aussaat. Steckwurzeln sollen möglichst in einem warmen Raum überwintert werden, andernfalls bilden sich im Sommer zu viele „Narren“, d. h. sie schließen in Blüte und die Zwiebeln bleiben klein. Bei offenem Boden kann umgegraben werden. — Wenn im Blumengarten Anemonen oder Tulpen ins Freie zu legen vergessen wurde, so kann bei frostfreiem Wetter dies noch nachgeholt werden. Zierbäume und Ziersträucher werden jetzt ausgeputzt und ausgeschnitten, jedoch dürfen letztere nicht bedenartig zurückgeschnitten werden, weil die meisten am jungen Holz blühen. Nur ein Auslichten oder Zurückschneiden ganzer Äste kann empfohlen werden. Lüden sollen dabei durch Nachpflanzen ausgefüllt werden. Das Pflanzen der Bäume und Sträucher kann bei frostfreiem Wetter den ganzen Winter hindurch geschehen.

Im Gemüsegarten ruht in dieser Zeit fast alle Arbeit. Die abgeräumten Ländchen werden gedüngt, auch bei gefrorenem Boden...

Wetter für Freitag und Samstag

Das europäische Hochdruckgebiet hat sich nach Osten verlegt und dabei noch verstärkt. Unter seinem Einfluß ist für Freitag und Samstag trockenes und etwas kälteres Wetter zu erwarten.

*

(S.C.B.) Stuttgart, 21. Jan. Wie das Neue Tagblatt hört, sind in dem der Stuttgarter Lagerhausgesellschaft gehörenden Städt. Lagerhaus in der Wolframstraße zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

(S.C.B.) Waldsee, 21. Jan. Die landwirtschaftlichen Bezirksvereine des württ. Oberlandes veranstalteten hier am Dienstag einen Bauerntag. Die Stadt hatte aus diesem Anlaß gesagt. Es sprachen Direktor Ströbel-Stuttgart und Generalsekretär Hummel.

Zur Aufwertungsfrage

Die Ortsgruppe des Gläubiger- und Sparschutzbundes Ulm macht zu diesem allgemein interessierenden Problem folgende Ausführungen:

„Das Schicksal der Aufwertungsfrage wechselt gegenwärtig fast dauernd. Gerade in letzter Zeit hat sich die Rechtslage durch Gesetzgebung und Rechtsprechung wiederholt verändert.“

Ein Frühlingstraum

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne

Arbeitsversuch durch Stuttgarter Romanzentrale G. Acker- mann, Stuttgart.

„Sedenfalls wäre ich ebenso glücklich, wie ich jetzt elend bin in dem Besitze eines Weibes, das so gänzlich bar alles Barts- und Ohrgefäßes ist, da —“

Da lachte sie schallend auf; „das ist ja köstlich“, rief sie höhnisch, „köstlich, daß Du — Du stets das Wort Ehre im Munde führst, der Du selbst keine hast —“

„Wenn Du nicht sofort schweigst, vergesse ich trotzdem, daß ich mit einer Unzurechnungsfähigen zu tun habe“, und unwillkürlich hob er den Arm.

„Recht so, recht so — schlage mich, das fehlte noch“, rief sie gellend. „Oder ist es etwa ehrlich gehandelt, wenn man ein Mädchen heiratet, um sich durch dessen Geld vor der öffentlichen Brandmarkung zu retten? Glaubst Du, ich wüßte nicht, daß der stolze, strenge Wolfsburg der Sohn — eines Fälschers ist?“

„Weiß, Du —“ mit rauher Hand faßte er da ihren Arm, daß er rote Flecken aufwies.

„Ja, freilich“, fuhr sie fort, sich von ihm befreiend und wie eine Bacchantin den Kopf zurückwerfend, „ja freilich, dazu war mein Geld gut, jenen Betrug zu verbergen! — Nach meinem Herzen hast Du nie gefragt — meine Liebe hast Du zurückgewiesen, mit Füßen getreten und die Deinige meiner Putzmacherin geschenkt! Und dabei führst Du stets das Wort Liebe, Treue und Ehre im Mundel. Die Welt würde große Augen machen, wenn sie erführe, daß die stolzen Wolfsburgs ehelos sind! — Aber Papa werde ich erzählen, wie Du mich behandelst und was Du für ein undankbarer Mensch bist. — Auf den Knien müßtet Ihr uns danken, daß wir Euch vor dem Zuchthaus bewahrt haben.“

thefengläubigers lautete, ob er von dem Schuldner die Aufwertung seines Darlehens verlangen könne. Bis tief in die Inflationszeit hinein wurde die Frage von der herrschenden Rechtsprechung verneint.

- 1. Unterhaltungsforderungen; 2. Auseinanderrechnungsansprüche zwischen Miterben oder den übrigen Personen des Paragraphen 7 Ziffer 2 der 1. Durchführungsverordnung; 3. nach dem 31. Dezember 1918 beurkundete Restkaufgeldforderungen oder aus solchen im Wege der Umwandlung hervorgegangene Darlehensforderungen.

Vom württembergischen Landtag

Aus dem Finanzausschuß

Stuttgart, 20. Jan. Der Finanzausschuß begann heute mit dem Etat der Kulturverwaltung. Zu Kapitel 40 fragt der Berichterstatter Dr. Beißwänger (W.B.) nach den Plänen der Vereinfachung, die im Kulturdepartement beabsichtigt seien.

3 Präsidenten zwei von Schulmannern und einer von einem Juristen, von den 33 sonstigen Stellen von Schulmännern 20 und von Juristen 12 besetzt seien. Ein sozialdemokratischer Redner fragt nach der Verteilung der Kompetenzen in Kultfragen zwischen Reich und Ländern und kritisiert den Erlaß des Kultministeriums wegen Verlehrs der Beamten der Unterrichtsverwaltung mit anderen Behörden und mit Abgeordneten.

Kleine Anfrage

(S.C.B.) Stuttgart, 21. Jan. Die Abg. Dr. Schermann und Kühle (Ztr.) richteten folgende Anfrage an die württ. Regierung: Ist dem Staatsministerium bekannt, daß seit März vorigen Jahres zwischen den bisher tariflich gleichbehandelten Schüler- und Arbeiterzufahrtarten die mit entsprechendem Ausweis auch für Angestellte, Beamte usw. zugänglich sind, zu Ungunsten der Schüler ein Preisunterschied von mindestens 20 Proz. oder mehr besteht?

Wie von einem Beißwänger getroffen, zuckte da Wolf zusammen. Totenbleich war sein Gesicht; er bebte am ganzen Leibe; aber mit unnatürlich ruhiger Stimme sagte er:

„Ich habe Dich ausreden lassen, um Dich ganz in Deiner gemeinen Bestimmung und Denkungsart zu sehen — einen anderen Ausdruck finde ich nicht. — Ruhig, ich spreche jetzt“, befahl er, da sie bei diesen Worten auffuhr.

„Also, gehe hin, erzähle von der Schande der Wolfsburgs, deren Namen Du und Dein Kind ja auch tragt. Sage es Deinem Vater, wie unglücklich Du Dich bei mir fühlst! Sage ihm aber auch, daß Du die meiste Schuld daran trägst. Ich habe Euch nie belogen! Wahrheitsgemäß habe ich damals Deinem Vater, als er mich zu sich bestellte und mich vor die Wahl gestellt hatte, entweder seine Tochter oder Vorphstellung, gesagt, daß ich bereits gebunden sei — er ging leicht darüber hinweg! Ich hatte Geld zur Einlösung jenes Wechsels geboten; die fragliche Summe hätte ich überall bekommen — umsonst, Dein Vater ging nicht darauf ein, weil Ihr mich wolltet! Er hatte kein Recht dazu, mich zu zwingen; denn jene Wechselgeschäfte gingen nur meinen Vater und mich an! Ich meiner Herzensnot gab ich auf jenen unglückseligen Schacher ein und brach dadurch ein treulichliebendes Frauenherz —“

Gabriele lachte bei diesen Worten schrill auf; unbeirrt jedoch fuhr er in derselben ruhigen Weise fort: „Eigentlich könnte ich meine Worte sparen; es erniedrigt mich vor mir selbst, wenn ich mich gegen Dich verteidige! Aber da nun doch das Eischeuch zwischen uns zerschnitten ist, sollst Du erfahren, daß ich Dich durchschaue, Dich in Deiner ganzen Erbärmlichkeit kenne. Was Du Deine Liebe zu mir nennst, ist nichts weiter als Sinnlichkeit, die mich anlockt — als Eitelkeit, den „schönen Wolfsburg“, wie Du mich ja wohl genannt hast, zu besitzen — auf jeden Fall zu besitzen. Vergeblich warst Du Deine Nehe aus — bis

Sich jene Angelegenheit gerade recht kam! Also kann mir der Vorwurf des Weisheitsjägers nicht gemacht werden; ich habe vollständig korrekt gehandelt. Anfangs glaubte ich, Du wüßtest nichts; bin aber in dem Glauben wankend geworden!“ Und mit erhobener Stimme, jedes Wort betonend, fragte er sie, die Augen fest auf sie blickend: „Warum bist Du auf jenen schmählichen Handel eingegangen? Warum hat sich denn da Dein Stolz nicht gestraußt gegen die Verbindung mit einem Mann, dessen Herz nicht Dir, sondern Deiner Putzmacherin gehörte, wie Du auch damals schon wüßtest?“

Sie erwiderte nichts, schlug nur die Augen nieder, und er fuhr fort:

„Nedlich habe ich mich bemüht, Dir ein guter Gatte zu sein, und habe Dir stets die Treue gehalten! Ich liebte Dich als Mutter meines Kindes, und wenn Du nicht gar so oberflächlich, genußsüchtig und eitel wärest, würde unser Zusammenleben ganz erträglich sein! Nach dieser letzten Stunde ist das aber ganz ausgeschlossen! Du kannst ruhig Deiner Wege gehen!“

Wie Keulenschläge fielen seine Worte auf Gabriele nieder. Sie stand ihrem Manne gegenüber, die Arme unter dem üppigen Busen verkränkt, ein höhnvolles Lächeln um den Mund, das aber bei seinen letzten Worten jäh erstarb.

„Du denkst an eine Scheidung? Wie willige ich darin ein“, kam es hastig von ihren Lippen.

„An eine Scheidung gerade nicht; denn ich will meinem Jungen nicht antun, daß er unter unserem Zwist leidet! Aber an ein eheliches, inniges Zusammenleben zwischen uns ist nach dem heutigen Abend nicht mehr zu denken. Teile dies meinethwegen Deinem Vater mit. Auf den jährlichen Zuschuß von ihm verzichte ich. Meinen Jungen und mich kann ich mit meinem Geld erhalten — auch Dich; selbstverständlich wüßtest Du Dich meinem Einkommen anpassen.“

(Fortsetzung folgt)

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefurse.

1 Dollar	4.21 Mk.
1 holländischer Gulden	1697.0 Mk.
1 französischer Franken	226.8 Mk.
1 Schweizer Franken	810.8 Mk.
Goldrechnungsjahr für Steuern	1000.0 Mk.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(ECB.) Stuttgart, 21. Jan. Die Börse lag heute recht schwach und die Umsätze schrumpften erneut zusammen, wobei sich das Kursniveau durchgehend senkte.

Industrie- und Handelsbörse.

(ECB.) Stuttgart, 21. Jan. Auf der heutigen Industrie- und Handelsbörse notierten von Baumwollgarnen in Dollar-Cents: Engl. Trossel, Warp- und Vincos Nr. 20 94-96 (am 7. Januar: 94-96), Nr. 50 108-110 (107 bis 109), Nr. 36 110-112 (109-111), Vincos Nr. 42 113-115 (112-114) je das Kilo; von Baumwollgeweben: Cretonnes 16 1/2-16 3/4 (unv.), Renforces 14 1/2-14 3/4 (unv.), glatte Cattune oder Croises 13-13 1/2 (12 1/2 bis 13 1/2) je das Meter. Nächste Börse: 4. Februar. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung.

Post- und Geldverkehr.

Die Vorschrift, wonach bei Einzahlungen auf Postanweisungen sowie bei Ueberweisungen und Zahlungsaufträgen nach dem Ausland, die 200 R.-M. übersteigen, Inhalt und Zweck des Geschäftes angegeben und durch Nach-

weise zu belegen war, ist aufgehoben worden. Ferner sind auch die Vorschriften, wonach Wertpapiere nach dem Ausland und dem Saargebiet allgemein nur durch Vermittlung von Banken verhandelt werden durften, aufgehoben worden. Ebenso ist eine Vermittlung von Banken bei der Verleumdung von in- und ausländischen Zahlungsmitteln in Einzahl- und Wertbriefen, wenn der Gegenstand des Geschäfts 60 R.-M. oder den entsprechenden Wert in ausländischer Währung übersteigt, nicht mehr erforderlich. Endlich brauchen auch Banken ihren Paketen mit Wertpapieren und Zahlungsmitteln nach dem Ausland und dem Saargebiet Erläuterungen künftig nicht mehr beizufügen. Fortan sind Wertbriefe nach Finnland mit unbegrenzter Wertangabe zugelassen.

Bieh- und Schweinepreise.

In Wasseralfingen kosteten Ochsen 900-1300 M pro Paar, Stiere 700-900, Kühe 300-500. Jungvieh 150 bis 300 M; in Bernhausen a. K. Käufer Schweine 30 bis 80, Milchschweine 25-30 M; in Niederstetten Saugschweine 25-35 pro Stück.

Die Gemeindefarrenhaltung.

Kein Bauer wird heute bestreiten können oder bestreiten wollen, daß ein guter, leistungsfähiger Viehstand im Bauernhofe noch das einzige Mittel ist, womit noch mit Erfolg für die Existenz des Bauernstandes gekämpft wird. Ein ganz wichtiger Punkt für einen leistungsfähigen Viehstand ist ein guter Zuchtfarren. An der Farrenhaltung wird viel gesündigt, besonders bei Gemeindefarren, wenn die Gemeinden schlechte Farren anschaffen, wenn die Farren schlecht gefüttert werden oder wenn das weibliche Material vom Gemeindefarren veräußert wird, z. B. Scheidelarthe, Verkaufende, weiser Fluß. Was dies für ein Schaden für die Viehhaltung ist, die ihr Vieh durch den Gemeindefarren decken lassen, ist nicht zu schätzen. Nur gute Farren

sollten die Gemeinden anschaffen, denn das Futtermittel bleibt für gute oder mindere Tiere gleich. Besonders soll auf gute Abstammung geachtet werden. Die schlechteste Qualität in Zuchtfarren wird besonders dort angekauft, wo die Gemeinde an Futtermittel spart. Viehzüchter, die nur eingetragene Zuchttiere haben, halten selber eigene gute Farren oder schließen sich in Zuchtfarrenhaltungsvereinigungen zusammen. Billige Farrenhalter bekommt man bei der Gemeindefarrenwahl. Man frage die Bauernkandidaten, wer von ihnen einen Farren der Gemeinde unentgeltlich während der Mandatszeit füttern will oder um welchen Preis, wenn er in den Gemeinderat gewählt wird. Dann können die Kandidaten das Examen machen, daß sie aus Gemeinwohl in den Gemeinderat wollen, und nicht aus Ehrgeiz und Eigennutz.

Fruchtpreise.

Es kosteten in Aulendorf Gerste 14.50, Haber 8.50 M; in Leutkirch Korn 14.20, Weizen 13, Gerste 13 bis 15, Haber 13-13.50, Gerste 15-15.50, Haber 9-11.20, Roggen 12.20 M; in Tuttlingen Weizen 12.75-13, Haber 10-10.20 M je der Ztr.; in Riedlingen Gerste 15-16, Haber 9-9.40, Roggen 11 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Groß- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Wertesposten in Betracht kommen. D. Schrift.

Rätsel- und Aufgaben-Ecke.

Auflösung des Kryptogramms:

Man lese zuerst (rückwärts) die unter dem am höchsten stehenden Rinde befindlichen Buchstaben (mit dem letzten beginnend), dann die des zweitgrößten usw. Man findet dann: Jugend ohne Hut tut selten gut.

Unser

Inventur-Ausverkauf

dauert nur bis 24. Januar

Sämtliche Waren haben wir bedeutend ermäßigt.

Wir geben hier nur ein Beispiel.

Herrenhosen	von Mk. 5.50 an	Herren-Anzugstoffe	von Mk. 4.- an
Windjacken für Herrn	Mk. 11.-	Kleiderzeugle	von Mk. 1.20 an
Knaben-Anzüge	von Mk. 7.50 an	Flanellhemd für Herren	Mk. 4.40
weißer Flanell	von Mk. 1.- an	Einjahhemd	Mk. 2.80 u. 3.50
farbiger Flanell	von Mk. -.78 an	Herren-Unterhosen	Mk. 3.20
Cheviots	von Mk. 1.50 an	Damen-Mäntel	von Mk. 15.- an
Bettjatin	von Mk. -.88 an		

Wir führen nur erstklassige Waren!

Geschwister Kleemann.

1000 bis 2000 Mk.
evtl. auch kleinere Beträge
sucht tüchtiger Techniker gegen
gute Sicherheit und zeitge-
mäßigen Zins von Selbstgeber
aufzunehmen. Angebote
unter D. D. Nr. 18 an die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Frische Tafel- Butter

per Pfund Mk. 2.10
Fr. Lamparter.

Empfehle:

Herrenhemden

in weiß, gelb macco und
wollgemischt mit und ohne
Einlag

Unterhosen

in macco und wollgemischt

Knaben- unterhosen

in verschiedenen Größen

Damen- Reformhosen

in weiß, gelb macco,
dunkelblau und grau.

Trikot-Netze

in verschiedenen Farben zu
billigen Preisen.

Carl Binder

Zwinger 295.

Häute u. Felle

aller Arten, sowie
ausgelass. Fett
sogenannten Talg
kauft

Carl Kühnle, Warmbronn.

Wetenschwann.
Ein erstklassiges, 1/2-jähriges

Rind

hat zu verkaufen.
Gottlieb Schraff.

Calw, den 21. Januar 1925.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten
gebe ich hiemit die schmerzliche Nachricht, daß
meine innigstgeliebte Frau, die gute Mutter
meines Kindes

Barbara Fenschel

geb. Wurster

heute Nacht, nach kurzem schwerem Leiden in
die Ewigkeit abgerufen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Der tiefbetrübte Gatte: Ernst Fenschel.

Beerdigung Samstag nachmittag um 2 Uhr
vom Bezirkskrankenhaus-Neubau aus.

Altburg, den 22. Januar 1925.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unserer geliebten
Mutter und Großmutter

Anna Maria Rall

geb. Wittus

für die trostreichen Worte des Herrn Geist-
lichen, den Herren Ehrenträgern, den erheben-
den Gesang des Leichendjors, die zahlreiche
Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sowie
allen denen, welche ihr Gutes erwiesen haben,
sagen auf diesem Wege den herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Reichert.

Beste Bezugsquelle
für praktische Geschenke!

Spazierstöcke
Schirme
Aluminiumartikel
Isolierflaschen

Halten kalt und heiß,
Ohne Feuer, ohne Eis.

Landm. Bezirksverein Calw

Wir haben auf Lager:

Ammoniak,	Haser,
Kalkstickstoff,	Seejammehl,
Kalifa z lose,	Leinmehl,
Rainit lose,	Klee- u. Grassamen
Futtermehl,	Saatwicken,
Futterkalk,	Futtererbsen,
Kleie,	Kartoffeln,
Weizen,	Brotmehl.

Ausgabe Mittwochs und Samstags.
Die Geschäftsstelle

Ostertag-Kaffeebränke

zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt

G. Köbele, Nagold, Fernsprecher 126.

Neuwäscherei

Phönix

liefert
Kragen,
Manschetten und Ober-
hemden
wie neu
schnell und pünktlich.
Annahmestelle:
Geschw. Stanger,
Obere Marktstrasse 23.

Gesucht auf 1. März ehr-
liches älteres

Allein- Mädchen

Daselbe sollte in Küche und
Haushalt tüchtig sein. Gute
Behandlung selbstverständ-
lich. Näheres bei der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Suche für meinen Haus-
halt (4 Erwachsene) ein sehr
braves, williges und fleißiges

Von 100 Mk. an!



Spez. Ersatz-
teile
Fahrräder
Pneumatika
Zubehör
Reparaturwerkstätte
Smollwien, Vertriebsstelle

CALW

Südd. Rundfunk-
zeitung, Ausgabe B.
mit ausführlichem
Programm
erscheint wöchentlich
und liegt bei mir auf.
Abonnements bezugs-
preis Mk. 1.50 pro Monat

Ernst Kirchherr Calw
Buchhandlung
und Buchbinderer
Fernsprecher 155.

Preiswert zu verkaufen



Dobermann

2-jährig, sehr scharf und wach-
sam, dressiert, kinder- und
gesellig, gelehrt und
folgsam. Von wem sagt die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe am Freitag,
den 23. ds. Mts., mittags
2 Uhr, einen Wurf sehr
schöne, ans Fressen gewöhnte

Milch- schweine

Eberhard zum „Fah“,
Teinach.

Birken- reisigbesen

kauft jed. Quantum
R. Hauber.

Mädchen

alle Arbeit. Kochen
unbedingt nötig.
Jean Dir. Eibers, Stutt-
gart, Seestr. 124.

Zur Haarpflege
empfiehlt edles
Birkenhaarwasser
Carl Otto Vinçon.

Ein sehr gut erhaltenes
Fahrrad
(Renner) verkauft
Karl Dierck, 19-
Gödingen.

Farren-Verkauf

Sprungfähigen



Farren

legt dem Verkaufe aus
Neuhausen Amt Pforzheim,
Haus Nr. 90.

15-20 Ztr.

Rohl- raben

sucht zu kaufen. Wer, sagt
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zimmer

ev. mit 2 Betten, hat zu
vermieten. Wer, sagt die
Geschäftsstelle ds. Bl.

30 Ztr.

Ewig-Alee- u. Wiesenheu

20 Ztr. Stroh
verkauft
Ehr. Morof,
Althengstett.

Avenarius Carbolineum

Carl Serva
Fernsprecher 120.